

bestrebt, die jährlichen Steigerungsrate des Sozialhaushalts auf unter zehn Prozent zu begrenzen. (Vgl. SCMP, 4.3.00) -st-

SVR Macau

38 Edmund Hos erste Regierungserklärung

Am 29. März gab der Regierungschef der Sonderverwaltungsregion Macau (SVRM), Edmund Ho Hau Wah (He Houhua), vor der Legislativversammlung seine erste Regierungserklärung ab. Präsidentin Susana Chou (Cao Qizhen) leitete die Vollversammlung der 23 Mitglieder. Nach der 40-minütigen Rede beantwortete Edmund Ho zweieinhalb Stunden Fragen der Mitglieder. Dies ist ein neuer politischer Stil, pflegte doch zu Zeiten portugiesischer Herrschaft der Gouverneur die Versammlung nach seiner Regierungserklärung zu verlassen, da er keine Fragen ihrer Mitglieder beantworten musste. In seiner Erklärung sagte der Regierungschef, dass es nach mehreren Jahren negativen Wachstums Zeichen einer wirtschaftlichen Erholung gebe. „Macaus Wirtschaft hat bereits ihre schwierigste Phase überwunden.“ Als Hauptorientierung der Regierungsarbeit für dieses und die nächsten Jahre nannte er zwei grundlegende Ziele: die Schaffung solider Grundlagen und die Suche nach Reserven für eine beständige Entwicklung. „Die dringendste Angelegenheit für die Regierung der SVR ist zur Zeit die Wiederbelebung der Wirtschaft“, so Ho. „Die Regierung wird sich bemühen, ein Umfeld für offenen und fairen Wettbewerb zu schaffen, sodass die Interessen von Investoren besser geschützt werden.“ Die Regierung werde die Anwendung fortschrittlicher Technologien fördern, um die Betriebe wettbewerbsfähiger zu machen, und die Infrastruktur verbessern (es wird z.B. an den Bau einer dritten Brücke zwischen der Halbinsel Macau und der Insel Taipa gedacht), um eine nachhaltige Entwick-

lung der Region zu gewährleisten. Edmund Ho räumte ein, dass keine Besserung bei der Arbeitslosigkeit (6,6%) eingetreten und der Inlandsverbrauch nach wie vor niedrig sei. Chinas Beitritt in die Welthandelsorganisation könnte aber Macaus Wirtschaft nützen. Edmund Ho befaßte sich in seiner Regierungserklärung mit zehn Bereichen: öffentlicher Dienst (hier soll eine rationelle Organisierung ohne Verlust von Arbeitsplätzen erfolgen), Rechtsangelegenheiten, Wirtschaft, öffentliche Sicherheit (allmähliche Zusammenlegung der zwei Hauptpolizeikräfte, der Polizei der öffentlichen Sicherheit [„public security police“] und der Gerichtspolizei [„judicial police“]; Strukturverbesserungen bei Marine- und Zollpolizei; Verbesserung der Gefängnisverwaltung), Gesundheit, Bildung, Sozialarbeit, Tourismus, Kultur und Arbeit. Zwei Wochen lang wird die Legislativversammlung die einzelnen Teile der Regierungserklärung studieren und den Hauptverantwortlichen der Regierung Fragen stellen können. (RMRB, XNA, 30.3.00)

Die ersten 100 Tage des neuen Regierungschefs waren durch die Kontroverse um die 50 Mio. MPtc überschattet, die der frühere Gouverneur General Vasco Rocha Vieira im Dezember kurz vor der Übergabe von der gemeinnützigen Macau Development and Cooperation Foundation, deren Vorsitz er innegehabt hatte, auf seine neu gegründete „Jorge-Alvares-Stiftung“ in Lissabon transferiert hatte. (S. C.a., 2000/1, Ü 39.) Der General bewies schlechten Stil, als er ausgerechnet am Tag der Regierungserklärung eine Erklärung an die Medien in Macau faxen liess, dass bei dem Transfer „überhaupt nichts Illegales“ geschehen sei. In seiner ersten Erklärung nach Ausbruch des Streits gab er an, dass er über die Geldüberweisung geschwiegen habe, weil er eine Untersuchung in die Angelegenheit nicht beeinflussen wollte. Auch wollte er nicht „der Beziehung der guten Zusammenarbeit und des Verständnisses zwischen Portugal und Macau schaden“. Fünf Tage zuvor hatte Regierungschef Edmund Ho verkündet, die - noch nicht veröffentlichten - Untersuchungen einer dreiköpfigen Kommission wiesen darauf hin, dass der Transfer „in einer Grauzone des Rechts“ erfolgt sei. Der Demokratieaktivist Antonio Ng

Kuok-cheong, Mitglied der Legislativversammlung, sprach gar von Diebstahl. (SCMP, 30./31.3.00) -ljk-

39 Edmund Ho scheidet aus dem Ständigen Ausschuss des NVK aus

Der Regierungschef der SVRM, Edmund Ho, legte sein Amt als Mitglied des Ständigen Ausschusses des NVK nieder, da Regierungsbeamte nach dem Grundgesetz des NVK diesem Gremium nicht angehören dürfen. Die 3. Tagung des IX. NVK bestätigte am 15. März den Beschluss der 14. Sitzung des Ständigen Ausschusses des IX. NVK vom Februar, Edmund Hos Rücktrittsgesuch anzunehmen. (RMRB, 16.3.00) Bereits im Januar war er von seinen Posten als stellvertretender Vorsitzender des VIII. Exekutivkomitees des Allchinesischen Industrie- und Handelsverbands (All-China Federation of Industry and Commerce [China Non-governmental Chamber of Commerce]) zurückgetreten. (RMRB, 21.1.00) -ljk-

40 Neue Hochschule gegründet

Im März wurde die Macau University of Science and Technology gegründet. Mit den relevanten Kursen wird im September begonnen werden. Es handelt sich um eine private Einrichtung, die von mehreren prominenten Personen Macaus gefördert wird. Präsident Zhou Ligao kündigte an, dass die Universität vier Fachbereiche umfasst: Management und Verwaltung, Informationstechnologie, Recht und chinesische Medizin. Professoren sollen auch vom Festland und aus Hongkong eingeladen werden. (XNA, 31.3.00) Dies ist die fünfte höhere Lehranstalt in Macau neben der University of Macau (1981 gegründet; zu ihr gehört ein Institut für Europäische Studien) und dem Macau Polytechnic Institute (1991 gegründet), beides staatliche Einrichtungen, sowie dem Macau Institute of Tourism Education und dem Kiang Wu Nursing College of Macau (am 16. November 1999 gegründet; das College ging aus der 1923 gegründeten Krankenpflegeschule hervor, der ersten, von einem ortsansässigen Chinesen errichteten nicht-staatlichen Fachschule). -ljk-

41 Zuzug chinesischer Kinder geregelt

Kinder chinesischer Nationalität, die auf dem Festland leben und deren Eltern ihren ständigen Wohnsitz in der SVRM haben, werden in Kürze einen Antrag auf einen ständigen Wohnsitz in Macau stellen können. Dies kündigte am 22. März die Ein- und Ausreisbehörde unter dem Ministerium für öffentliche Sicherheit der VR China an. Nach Artikel 24 des Grundgesetzes der SVRM genießen diese Kinder seit dem 20. Dezember 1999, dem ersten Tag der SVRM, dieses Recht. Die Zahl der Antragsteller, die wieder mit ihren Eltern zusammenleben dürfen, wurde auf monatlich 420 festgelegt. Die Anträge und die erforderlichen Urkunden (Bescheinigung des ständigen Wohnsitzes des Kindes, Heiratsurkunde der Eltern, Personalausweis des Vaters oder der Mutter, der den ständigen Wohnsitz nachweist) werden in der VR China nacheinander von der Kreis- bis zur Provinzebene geprüft und dann an die Behörden in Macau zur Prüfung weitergeleitet. Bei positivem Bescheid erhält der Antragsteller den offiziellen Pass, der zur Ein- und Ausreise in Macau und Hongkong berechtigt. Bei Bewerbern, deren Eltern beide in Macau leben, wird den Jüngeren der Vorzug gegeben, und bei denjenigen, bei denen ein Elternteil auf dem Festland und der andere in Macau lebt, wird die Trennungszeit der Eltern berücksichtigt. Bevorzugt werden die Kinder, deren Eltern schon lange getrennt leben. (XNA, 23.3.00) Im März trat ferner eine Bestimmung in Kraft, die das Genehmigungsverfahren für Festlandschinesen, die Verwandte in Macau und Hongkong besuchen wollen, vereinheitlicht. Nach einer Bekanntmachung des Ministeriums für öffentliche Sicherheit sind Festlandschinesen, deren unmittelbare Angehörige in Macau und Hongkong studieren, arbeiten oder dort ihren ständigen Wohnsitz haben, berechtigt, Besuchsanträge zu stellen. Die Gültigkeitsdauer der Besuchserlaubnis beträgt einen Monat. Antragsteller, die ihren Ehepartner, schwer- oder totkranke Patienten besuchen wollen, können eine Dreimonatserlaubnis bekommen. Diese Vorzugsbehandlung gilt auch für Personen unter 16 und über 60 Jahren. (XNA, 1.3.00) -ljk -

42 Verbrechensstatistik 1999

Im letzten Jahr ist die Zahl der Morde enorm gestiegen, von 26 im Jahr 1998 (1997: 32) auf 42. Diese Anzahl war die höchste in der jüngsten Geschichte. Macau registrierte 1999 9.262 Straftaten, eine Zunahme um 9,1% im Vergleich zu den 8.487 von 1998. Nach Zahlen des Statistikamtes hat es 1999 im Durchschnitt 25 gemeldete Straftaten pro Tag gegeben, und das bei einer Bevölkerungszahl von 438.000 (Stand: Ende Dezember 1999). Die SVRM verzeichnete 1.146 Überfälle und Körperverletzungen, 16% mehr als 1998, und 5.503 Fälle von Diebstahl, Raub und anderen Eigentumsdelikten, 5% weniger als 1998. Unter den Straftaten haben Fälschungen und Falschmünzerei besonders zugenommen, 456 Fälle bedeuten einen Anstieg um 97%.

Auch die Jugendkriminalität wächst unaufhörlich. Edmund Ho verkündete am 10. März, seine Regierung werde der Legislative vorschlagen, die Strafmündigkeit von 16 auf 14 Jahre (wie in der VR China) zu senken. (SCMP, 14.3.00) Dabei ist zu berücksichtigen, dass ein Viertel der Bevölkerung jünger als 15 Jahre ist. Während die meisten Führer der Gemeinde 14 als das richtige Alter ansehen, um junge Straftäter einsperren zu können, sind viele Bürger Macaus für die Herabsenkung auf 12 Jahre. Strafmündigkeit beginnt z.B. in einigen früheren britischen Kolonien wie Hongkong sehr früh, wo Kinder schon mit sieben Jahren als jugendliche Straftäter verfolgt werden können. UNICEF rät, Strafmündigkeit nicht zu niedrig anzusetzen. Macaus portugiesisch-geprägtes Strafbuch wurde von einigen Rechtsexperten als Asiens fortschrittlichste Gesetzgebung in der Strafrechtspflege angesehen. (SCMP, 17.3.00)

Inzwischen hat es den dritten Brandanschlag nach der Übergabe Macaus gegeben. Dabei gingen 39 geparkte Motorräder in Flammen auf. Vermutlich handelt es sich um das Werk junger Hooligans oder eine Machtdemonstration junger Triadenmitglieder. (SCMP, 10./14.3.00) Der Anschlag erfolgte einen Tag, nachdem Jiang Zemin beim Zusammentreffen mit den 12 Macauer Delegierten auf der NVK-Tagung in Beijing die neue

Regierung der SVRM für ihre sichtbaren Erfolge beim Schutz der öffentlichen Sicherheit gelobt hatte. (XNA, 9.3.00) -ljk-

43 Landfonds an die Regierung übergeben

Der für die SVRM deponierte Landfonds in Höhe von 10,185 Mrd. MPtc (1,27 Mrd. US\$) wurde in der Nacht des 31. März von der chinesischen Seite der ehemaligen Sino-Portugiesischen Landgruppe der Regierung Macaus übergeben. Am Morgen des 20. Dezember hatte der stellvertretende Ministerpräsident Qian Qichen auf einer Feier im Namen der Beijinger Zentralregierung Edmund Ho das Zertifikat über den Landfonds Macaus (damals 9,995 Mrd. MPtc) ausgehändigt. Die relevanten Kontoabschlüsse nahmen dann noch ein Vierteljahr in Anspruch. Nach der 1987 unterzeichneten Gemeinsamen Sino-Portugiesischen Erklärung mussten alle Einkünfte, die von der portugiesischen Regierung in Macau durch Gewährung neuer Landpachtverträge und Erneuerung von Pachtverträgen erzielt wurden, nach Abzug der Kosten für Landgewinnung gleichmäßig zwischen ihr und der künftigen SVRM-Regierung geteilt werden. Die in dem Jahr eingesetzte Sino-Portugiesische Landgruppe verwaltete den Fonds. Nach Angaben der früheren Chefunterhändlerin der chinesischen Seite, Yang Runzhen, die den Fonds dem Sekretär für Wirtschaft und Finanzen, Francis Tam Pak Yuen (Tan Boyuan), übergab, sind in den über 12 Jahren die Einnahmen aus Landgeschäften auf 6,912 Mrd. MPtc (862,5 Mio. US\$) und die Bankzinsen und Kapitalrendite auf etwa 3,27 Mrd. MPtc (408,75 Mio. US\$) angewachsen. Francis Tam gab bekannt, daß die Regierung die ihr unterstehende Macau Monetary Authority (*jinrong guanli ju*) beauftragt hat, den Fonds zu verwalten. Ferner werde auf Anordnung von Regierungschef Edmund Ho zwecks größerer Transparenz des Fonds ein Beratungskomitee aus Persönlichkeiten aller Schichten eingesetzt. (XNA, 1.4.00; RMRB, 2.4.00) -ljk-

44 Budget 2000

Die Regierung der SVRM hat den Haushaltsplan für das Jahr 2000 ausgearbeitet, der Mitte April von der Legislativversammlung geprüft werden wird. Das Budget beläuft sich auf insgesamt 12,9 Mrd. MPtc (etwa 1,61 Mrd. US\$). Unter der portugiesischen Regierung waren es in den Jahren 1998 und 1999 etwa 16 Mrd. MPtc (2 Mrd. US\$) gewesen. Infolge neustrukturierter Haushaltsberechnungen sind direkte Vergleiche irreführend, doch ist das Budget für dieses Jahr praktisch 10% niedriger als im letzten Jahr unter portugiesischer Herrschaft. (SCMP, 29.3.00) Der Haushaltsplan sieht Einsparungen bei den Regierungsstellen vor, dagegen sollen die Ausgaben in den Bereichen Bildung, Gesundheitswesen und Lebensunterhalt der Bevölkerung im Großen und Ganzen gleich bleiben. Mehr Geld soll zur Bekämpfung der Korruption aufgewendet werden. Bildung, Gesundheit und Wohlfahrt machen 35% der gesamten für das Jahr 2000 geplanten Regierungsausgaben aus, 22% werden für die Bezahlung der Löhne und Gehälter der 17.000 Staatsbediensteten verwendet, und etwa 11% fließen in den wichtigen Bereich der öffentlichen Sicherheit. Die Kasinokonzession und andere Wettsteuern werden voraussichtlich 5,2 Mrd. MPtc erwirtschaften, ein Zuwachs um 20% im Vergleich zum letzten Jahr. Die Glücksspielindustrie wird voraussichtlich 40% der Gesamteinnahmen der Regierung beisteuern, etwas weniger als 1999. Der Haushaltsplan beinhaltet weder die 2,4 Mrd. MPtc Spareinlagen, die die portugiesische Regierung hinterlassen hat, noch die 10 Mrd. MPtc des Landfonds. Edmund Ho entschied sich, diese Überschüsse nicht in den Haushaltsplan mit einzubeziehen, sondern sie als De-facto-Reserven zu behandeln. (RMRB, XNA, 23.3.00; SCMP, 29.3.00) -ljk-

Taiwan

45 **Präsidentenwahl verändert Taiwans politische Landschaft**

Mit dem Wahlsieg des Oppositionskandidaten Chen Shuibian in den Präsidentschaftswahlen am 18. März brach für Taiwans Politik ein neues Zeitalter an. Es war der erste demokratische Machtwechsel an der Spitze des Landes. Gleichzeitig bedeutete das Ergebnis eine doppelte Schlappe für die bislang dominierende Nationale Volkspartei Kuomintang (Guomintang, KMT), deren Kandidat hinter einem Dissidenten aus den eigenen Reihen abgeschlagen auf dem dritten Platz landete. Die Wahl wurde von Beobachtern einhellig als Reifezeugnis der taiwanischen Demokratie gewertet.

Der bald darauf erzwungene Rücktritt Li Teng-huis vom KMT-Vorsitz markierte zudem den Anfang vom Ende einer durch seine Person geprägten Ära, deren Hauptmerkmal der Übergang von der Einparteiendiktatur zur Demokratie war. (S. hierzu und zu den weiteren - auch chinapolitischen - Implikationen der Wahl den Beitrag „Zeitenwende in Taiwan“ in diesem Heft.) -hws-

46 **James Soongs „People First Party“ wird Parteienlandschaft verändern**

Nachdem James Soong als unabhängiger Präsidentschaftskandidat bei den Wahlen am 18. März auf den zweiten Platz nur knapp hinter dem Wahlsieger Chen landete, aber den Kandidaten der Regierungspartei KMT weit hinter sich lassen konnte, wurde die Gründung einer neuen Partei beinahe unausweichlich, zumal mit Soong bereits eine große Zahl anderer KMT-Mitglieder aus der Partei ausgeschlossen und damit gewissermaßen politisch heimatlos wurden. Soong geriet nach seinem guten Abschneiden unter umso stärkeren Handlungsdruck, als schon am 6. Mai die Nationalversammlungswahlen anstehen für den

Fall, dass die vorgesehene Selbstauflösung dieses Verfassungsorgans nicht zu Stande kommen sollte (s. folgende Übersicht).

Bereits wenige Tage nach der Präsidentschaftswahl trat ein Komitee zusammen, das die neue Parteigründung vorbereiten soll. Als Interimsvorsitzender bis zum Gründungskongress wurde Soong bestimmt. Wie Soongs Kandidat für die Vizepräsidentschaft mitteilte, wolle die neue Partei ihren Mitgliedern nicht die Mitgliedschaft in anderen Parteien verwehren und „niemals irgendwelche Mitglieder ausschließen“ - ein wenig realistischer und kaum dauerhaft praktikabler Vorschlag. (CNAT, nach SWB, 24.3.00) Als Name der neuen Partei wurde „Qinmindang“ (auf Englisch: „People First Party“) (PFP) bestimmt. Für die Ausarbeitung der Parteisatzung wird eine Zeit von sechs bis acht Monaten veranschlagt; der Gründungskongress könnte dann also irgendwann im Herbst erfolgen. (Auseinander.chinatimes.com, Englisch, 31.3.00; Kyodo News Service, Tokyo, in Englisch, nach SWB, 30.3.00)

Mehr noch als die erstarkte Demokratische Fortschrittspartei des siegreichen Präsidentschaftskandidaten Chen wird die neue PFP die traditionelle Domäne der bislang dominierenden und nun vom Zerfall bedrohten KMT streitig machen: eine mittlere bis konservative Wählerschaft, die die Verquickung der KMT mit dem Großkapital ablehnt. Während die Parlamente bislang durch Konfrontation zwischen Regierungspartei und Opposition geprägt waren, wird es in Zukunft stärker auf Kompromissfähigkeit ankommen. Dies könnte schon vor den nächsten Wahlen eine Rolle spielen, da womöglich eine Reihe weiterer Parlamentarier sich der neuen Partei anschließen wird. Ehe jedoch die PFP vom Volk gewählte Parlamentarier entsenden kann, wird es voraussichtlich Ende 2001 werden. -hws-

47 **Abschaffung der Nationalversammlung in bisheriger Form beschlossen**

Ein Gerichtsurteil führte im März zu einem Verfassungskonflikt um die Nationalversammlung und schließlich zu